

Sozialistenführer Papandreou, Demonstration gegen die Sparpolitik in Thessaloniki am 28. Oktober: „Ich würde so gern die Welt verändern,

GRIECHENLAND

Ouzo mit Wasser

Der gescheiterte Vorschlag, das Volk über die radikalen Sparbeschlüsse entscheiden zu lassen, verändert die Parteienlandschaft in Athen. Das Ende der Ära Papandreou ist absehbar, die Traditionspolitiker haben das Vertrauen der Wähler verloren.

Der eine, Georgios Papandreou, 59, war der Mann Europas, der Musterknabe. Er setzte um, was die Euro-Partner von den Griechen verlangten: Er entwarf Sparpläne, bis die Demonstrationen vor dem Athener Parlament immer größer und immer gewalttätiger wurden. Auf Anordnung aus Brüssel – viele seiner Landsleute sagen: aus Berlin – hat er Steuern und Abgaben erhöht und versucht, einen ausufernden Staatsapparat zurückzuschneiden, bis der empört zurückbiss. Er riskierte – und verlor – seine Popularität unter Anhängern, die ihn einmal als Retter des Vaterlands ins Amt gewählt hatten.

Und als all das Griechenland noch immer nicht auf Sanierungskurs gebracht hatte, lief – in den Augen seiner Kontrolleure – der verlässliche Mann plötzlich aus dem Ruder und wollte die Bürger darüber abstimmen lassen, ob er für diese drakonischen Maßnahmen überhaupt noch das Mandat habe. Da hatte er sich's

mit seinen Partnern plötzlich gründlich verdorben.

Der andere, Antonis Samaras, 60, Papandreous konservativer und tief nationalistisch eingefärbter Rivale, war dagegen Europas Buhmann, Mitglied jener griechischen Regierung, die das ererbte staatliche Organisationsprinzip, Klientelismus und Korruption, auf die Spitze getrieben und gefälschte Haushaltszahlen nach Brüssel durchgegeben hatte. Er lehnte, in zwischen Oppositionsführer, alle Sparmaßnahmen ab, schließlich wollte er, wenn er erst einmal an der Macht sei, „nicht über Ruinen herrschen“.

Er verlangte umfassende Steuersenkungen und wollte die Abmachungen zwischen dem Schuldner Griechenland und den Helfern aus Brüssel neu verhandeln. Europas konservative Staatenlenker, Nicolas Sarkozy etwa oder Angela Merkel, konnten ihren Zorn über den unbotmäßigen Gesinnungsgenossen kaum verbergen. Sie hielten ihn für machtlüster, für

einen Politiker, der bereit sei, seinem Ziel das ganze Land zu opfern.

Bis zu jenem Tag in der vergangenen Woche, an dem Samaras glaubte, dass der Griff nach der Macht nunmehr erfolgversprechend sei. Da war sein Geschwätz von gestern vergessen, Samaras erklärte sich bereit, die europäischen Forderungen anzuerkennen und erhielt dafür prompt Lob von Sarkozy, der ihn als „tapfer und verantwortungsbewusst“ pries.

Eine griechische Wende voller Ironie: Beide, Papandreou wie Samaras, hatten sich einst, vielleicht nicht in vollem Ernst, aber auch nicht nur im Scherz, vorgenommen, das Land gemeinsam zu regieren. Damals, Anfang der siebziger Jahre, herrschten die Militärs in Athen, die beiden jungen Männer waren Studenten in den USA und hatten gemeinsame Räume am noblen Amherst College in Massachusetts gemietet.

Samaras organisierte damals Partys mit Studentinnen, und Papandreou spielte



NIKOLAS GIKOUMIDIS / AP

wenn ich nur wüsste wie“

auf seiner Gitarre Lieder, wie das des britischen Rockers Alvin Lee: „I'd love to change the world, but I don't know what to do“, ich würde so gern die Welt verändern, wenn ich nur wüsste wie.

Heute sind die beiden Politiker nach eigener Aussage zwar nicht verfeindet, aber eins ist sicher: Zusammenarbeit kommt für die erbitterten politischen Gegner nicht in Frage. Sie können es nicht – und müssen es nun womöglich doch.

Denn schon am 15. Dezember geht Griechenland, nach dem Eingeständnis von Finanzminister Evangelos Venizelos, das Geld aus, um Renten und Gehälter zu bezahlen. Bis dahin muss, um die nächste Tranche aus dem europäischen Hilfspaket zu erhalten, das griechische Parlament mit einer nur überparteilich zu erreichenden deutlichen Mehrheit den Brüsseler Beschlüssen vom 27. Oktober zugestimmt haben. Zwar war Freitagnacht, als die sozialistischen Abgeordneten mit einer knappen Mehrheit Papandreou noch mal das Vertrauen aussprachen, noch nicht abzusehen, wie diese Mehrheit zustande kommen kann. Immerhin, die Nea Dimokratia von Samaras hat sich bereit erklärt, nach einem Rücktritt Papandreous eine Übergangsregierung mit den Sozialisten einzugehen.

Wenn Griechenland nicht riskieren will, im nächsten Monat aus der Euro-Zone rausgeschmissen zu werden, muss es eine Koalition geben und dann, nach der entscheidenden Zustimmung zum Brüsseler Sparpaket, vermutlich bald Neuwahlen.

Es werden Wahlen, die das Land grundlegend verändern könnten. Die Griechen scheinen laut Umfragen den ewigen Hahnenkampf zwischen Papandreou und Samaris nicht länger zu ertragen. Sie machen die gesamte politische Klasse für das Elend des Landes verantwortlich, und voraussichtlich wird keine der beiden großen Parteien nach Neuwahlen allein regieren können. Die Traditionsparteien werden Koalitionen mit den aufstrebenden Kleinparteien schließen müssen, die Zeit der großen Einzelkämpfer in der

Politik geht zu Ende – und das haben sie sich ausschließlich selbst zuzuschreiben.

Das spätherbstliche Athen fühlt sich an, als läge, unsichtbar, ein Grauschleier über der Stadt. Die Stimmung, so heißt es in der Hauptstadt, sei „wie Ouzo mit Wasser – trübe“. Nach mehr als einem Jahr voller Katastrophenmeldungen ist es, als sei vielen einst stolzen Athenern das Selbstwertgefühl abhandengekommen. Als sie zunehmend die Erschöpfung über den Zorn.

Der Rentner in Anzug und Krawatte, der neuerdings zu „Gregoris“ am Syntagma-Platz geht, um dort seinen Kaffee vor steriler Fastfood-Kulisse zu trinken, nutzt ein Sonderangebot: die Tasse zu nur einem Euro, statt wie andernorts zu 2,30 Euro. Und die Menschen, die am Fleischmarkt zu Füßen der Akropolis um die besten Stücke für niedrigen Preisen streiten, wissen auch, dass sie hier besonders günstige Ware finden.

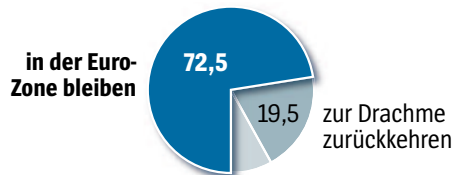
Die Krise hat das Land schwer verwundet. Erkennbar ist das nicht nur an einer Arbeitslosenquote von 17,5 Prozent plus einer hohen Dunkelziffer oder an der Erwerbslosigkeit unter jungen Leuten, von der fast 43 Prozent betroffen sind.

Zu besichtigen sind die Auswirkungen der Wirtschaftsflaute in Athen auf Schritt und Tritt. Hunderte von Geschäften stehen zum Verkauf, in manchen Einkaufstraßen vornehmerer Stadtteile wie Kolonaki ist jeder dritte Laden leer.

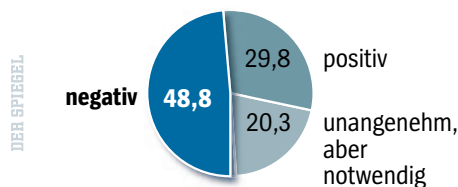
Ein Lehrergehalt von 800 Euro reicht für eine Dreizimmerwohnung im Zentrum Athens. Aber nicht fürs Essen, für

Umfrage in Griechenland

„Soll Griechenland in der Euro-Zone bleiben oder zur Drachme zurückkehren?“



„Wie beurteilen Sie die Kontrolle der Reformen durch Europa?“



Umfrage: Kapa Research vom 27. Oktober; Angaben in Prozent; 1009 Befragte; an 100 fehlende Prozent: keine Antwort

Kleidung, Kultur. „Und schon gar nicht, um eine Familie zu gründen“, sagt die junge Vagia.

Mit zwei Bachelor- und einem Master-Abschluss dekoriert, sitzt sie seit mehr als einem Jahr zu Hause und schreibt erfolglos Bewerbungen. Sie ist 26, will arbeiten und hat ihr ganzes bisheriges Leben lang fleißig gelernt. Jetzt denkt sie, die außer Griechisch perfekt Deutsch und Englisch sowie ein wenig Russisch spricht, bei jeder Bewerbung ins Ausland schon an die Reaktion des dortigen Arbeitgebers in spe: „Oje, sagt sich der wahrscheinlich – schon wieder eine, die weg aus Griechenland will.“

Nach der neuen einheitlichen Gehaltsliste für Beamte und Staatsangestellte, die am 1. November in Kraft trat, werden Lehrergehälter im kommenden Jahr auf durchschnittlich 15 000 Euro sinken. Finanzbeamte, die zu den bestverdienenden Staatsdienern gehörten und in der Regel zwei- bis dreimal so viel wie Lehrer verdienten, müssen mit Einkommensverlusten von bis zu 50 Prozent rechnen.

Denn die neuen Gehaltsbestimmungen streichen ein buntes System von über hundert zum Teil absurden Zulagen für Beamte auf ein halbes Dutzend zusammen. Weniger betroffen sind – wieder einmal – die börsennotierten halbstaatlichen Betriebe, wie der Stromkonzern DEI, in dem die radikalen Gewerkschaften behutsamere Einschnitte erkämpfen konnten.

Auch die Belastungen für Steuerzahler und Verbraucher wachsen immer schneller, unter anderem durch das zwölfte Steuergesetz in zwei Jahren, das schon bis Mitte November im Parlament gebilligt werden muss.

Der Politikwissenschaftler Panos Kazakos nennt es einen „Konstruktionsfehler“ der Politik Papandreous, dass er sich in seinem letzten Wahlkampf auf die Beamten und vor allem die Gewerkschaften gestützt hat und sich deshalb nicht traute, deren zahlreiche Privilegien allzu kräftig zu beschneiden. Durchschnittsgehälter von 70 000 Euro bei staatlichen Betrieben wie dem Energiekonzern Helpe gehören dazu, oder Spitzenverdienste für Lokomotivführer von bis zu 7000 Euro monatlich.

„Horizontale Sparmaßnahmen waren für Papandreou der leichte Weg, aber das falsche Signal“, sagt Kazakos. Denn sie belasten alle Einkommens- und Reichtumsklassen gleichermaßen. „Die Griechen sind bereit zu großen Opfern“, sagt er, aber sie verlangten auch Gerechtigkeit. Und die lässt sich angesichts doppelter Pensionen für Abgeordnete oder Tausender Luxusyachten in den Häfen der Hauptstadt, deren Eigner fast keine Steuern zahlen, leider selten finden.

Nun scheinen vielen Griechen die ganzen Opfer umsonst. Der internationale



Merkel-Hassplakat in Athen*: Suche nach Schuldigen

Aufschrei nach Papandreous Referendumsvorschlag hat ihnen gezeigt, wie nah sie daran sind, trotz aller Einschränkungen ihre Währung zu verlieren. Ihre Bilanz des Sparkurses fällt bitter aus.

Was Oppositionsführer Samaras stets prophezeit und Premier Papandreou als notwendiges Übel auf dem Weg zur Sanierung ausgegeben hatte, ist inzwischen eingetreten: Griechenlands Wirtschaft ist aufgrund der Roskur komplett eingebrochen. Vor allem die Steuereinnahmen bleiben weit hinter den Kalkulationen zurück, während die Ausgaben etwa für die Arbeitslosen explodieren.

Die Mehrwertsteuer wurde schon 2010 zweimal auf inzwischen 23 Prozent erhöht, die Tabaksteuer stieg binnen weniger Wochen dreimal. Schätzungen zufolge verloren griechische Haushalte insgesamt ein Viertel ihres Einkommens. Jede neue Reform wird deshalb zum Nervenkrieg. Siebenmal wurde allein im vorigen Jahr der Generalstreik ausgerufen.

Doch im Juni 2011, ein Jahr nach dem ersten Rettungspaket, fehlten erneut 78 Milliarden Euro in der Kasse. Die Troika der Helfer, die Kontrolleure der EU, der Europäischen Zentralbank und des Internationalen Währungsfonds, verlangten neue Sparvorschläge für die nächste Kreditauszahlung. Papandreou lieferte: Ein weiteres Mal wurden die Beamtengehäl-

ter gekürzt, die Abgaben auf Heizöl und Autos wurden erhöht, es gab eine Luxus- und eine neue Immobiliensteuer. Zusätzlich sollen alle Griechen regelmäßig einen Solidaritätsabschlag in Höhe von etwa fünf Prozent des Nettoeinkommens bezahlen.

Den größten Batzen Geld aber soll ein gigantisches Privatisierungsprogramm bringen: Unternehmen und Staatsimmobilien sollen im großen Stil verkauft werden und insgesamt 50 Milliarden Euro bringen. Die Reaktion war pures Entsetzen. Das Traditionsblatt „Vradini“ titelte: „Boden und Blut für die 5. Kredittranche“.

Bislang aber ist das Interesse der Investoren zurückhaltend. Etliche Unternehmen auf der Liste gelten als unverkäuflich, wie etwa die griechische Staatsbahn, die bis vor kurzem noch jährlich Hunderte Millionen Euro Verlust einfuhr.

Und die Griechen murren immer lauter gegen das Sparregime. Regelmäßig finden Massendemonstrationen in den großen Städten des Landes statt, es kommt zu Krawallen. Politiker, die sich der Menge stellen, werden mit Eiern oder sogar Steinen beworfen. Parlamentarier bekommen Drohmails. Restaurants, in denen Politiker essen gehen, werden von Demonstranten blockiert.

Der vorvergangene Freitag, ein Nationalfeiertag, der mit Paraden im ganzen Land begangen wird, geriet zur Generalabrechnung mit den Politikern. Sobald sie

* Poster an einer Bäckerei mit der griechischen Aufschrift „Staatsfeind“.

sich wie gewohnt bei den Umzügen blicken ließen, wurden sie ausgepiffen, angespuckt oder geschlagen, nicht einmal der Staatspräsident kam unbehelligt davon.

Karolos Papoulias, 82, hatte Tränen in den Augen, als er vor die Kameras trat. Er sei „für Griechenland in den Krieg gezogen“, sagte der greise Politiker, „ich habe mit 15 gegen die Nazis gekämpft, und jetzt sagen die, dass ich ein Verräter bin“.

Papoulias war einmal ein angesehenere Mann. 2004 wurde er, obwohl Mitgründer der sozialistischen Pasok, von den Konservativen zum Präsidenten vorgeschlagen und vier Monate später mit der größten Mehrheit der griechischen Geschichte vom Parlament gewählt. Jetzt fühlt er sich nur noch als das Opfer einer Bürgerwut, die sich an der Finanzkrise entzündet hat. Dass er sich anhören musste, er sei ein „Faschist“, empfand er als Schande: „Das tut mir weh.“

Es war ein schwarzer Freitag für Griechenland und vor allem für die Regierung Papandreou. Vor dem Hintergrund der Gewalt bei den Paraden reifte beim Regierungschef an diesem Wochenende ein Plan, den er schon länger im Kopf trug. Am Montagabend trat Papandreou vor die verdutzte Regierungsfraktion und kündigte ein Referendum an. Das Volk habe „die Weisheit und das Wissen“, selbst über die Rettungspläne im Kampf gegen die Krise zu entscheiden, erklärte er: „Es geht darum, ob wir in der Euro-Zone bleiben wollen oder nicht.“

Papandreou spielte Vabanque, es ging um alles oder nichts, einen „Zocker“ nannten ihn Kritiker wie der Schriftsteller Takis Theodoropoulos: „Er hat sein politisches Kapital verspielt, möchte aber als Held abtreten können und sagen: Ich bin nicht schuld.“

Diesmal hatte Papandreou, der allen volltönenden Worten zum Trotz auch ein gewiefter Taktiker ist, zu hoch gepokert.

Die Euro-Manager Merkel und Sarkozy machten dem Regierungschef am vergangenen Mittwoch in Cannes klar, dass sie Griechenland aus der Euro-Zone ausschmeißen würden, falls die Bürger sich gegen die zusätzlichen Sparmaßnahmen aussprechen sollten.

Zwar hatte Papandreou in dem zuweilen lauten Gespräch offenbar darauf hingewiesen, dass in Griechenland bei anhaltendem Spardiktat aus Brüssel womöglich ein Staatsstreich drohe, aber Merkel hat sich davon nicht beeindruckt lassen. Ein Minister berichtete, die deutsche Kanzlerin habe sogar versucht, den Griechen das Datum und die Fragestel-

„Er hat sein Land bloßgestellt, um Kapital daraus zu schlagen.“

lung vorzuschreiben, wenn es denn ein Referendum geben müsse.

Auf dem Rückweg von Cannes nach Athen kündigte Finanzminister Venizelos, Papandreous härtester Rivale und einer seiner möglichen Nachfolger, seinem Premier die Gefolgschaft und forderte ihn auf, die Volksbefragung aufzugeben. Am nächsten Tag brach bei den Sozialisten ein Aufstand gegen das Referendum aus, und Papandreou musste seine schöne demokratische Idee einkassieren. Seither ist klar: Die Ära Papandreou geht zu Ende.

Der in den USA geborene Regierungschef, der lange Jahre im Ausland gelebt hat, war seiner Partei immer ein bisschen fremd geblieben. Er galt als intellektueller und wortgewandter Führer, aber als „Auslandsgrieche“, ohne eigene Hausmacht.

Papandreou, Sohn und Enkel ehemaliger Ministerpräsidenten, schien sich stets als eine Art Global Player zu fühlen, der sich mit den Niederungen der Politik daheim nie recht anfreunden konnte. „Er

sah sich als Mitglied einer Weltregierung, aber nicht als Führer der Griechen“, sagt der Buchautor Stavros Lygeros.

Lygeros, dessen gerade erschienenen Buch „Von der Kleptokratie zum Bankrott“ binnen einer Woche zum Bestseller avancierte, begleitet Papandreou seit 30 Jahren und kennt ihn wie kaum ein anderer. Er glaubt beim Premier die „Psychologie eines Prinzen“ erkannt zu haben, der im Unterbewusstsein das Selbstverständnis eines Feudalherren kultiviert – gegenüber der eigenen Partei und gegenüber dem eigenen Land.

Es fällt Papandreou leicht, sich von Griechenland zu distanzieren: „Ich regiere ein korruptes Land“, gab er in Brüssel zu und beeindruckte mit solcher Offenheit die europäischen Partner. Zu Hause waren solche Worte allerdings weniger geschätzt. „Er hat sein Land bloßgestellt, um für sich persönliches Kapital daraus zu schlagen“, sagt Lygeros, so etwas verzeihen die Griechen nur schwer.

Dass Papandreou sich im Amt verändert hat, ist augenscheinlich. Aus dem intellektuellen, freundlichen Plauderer und scharfsinnigen politischen Analytiker ist ein dünnhäutiger und nach Ansicht eines Parteifreundes „trotziger“ Regierungschef geworden. Vergangene Woche hielten ihn nicht nur politische Gegner, sondern auch das Staatsfernsehen für „verwirrt“, als das Hin und Her seiner politischen Volten zwischen der Ankündigung eines Rücktritts und dem Willen zum Durchgreifen kaum noch nachzuvollziehen war.

Tasos Pappas, Kolumnist und Pasok-Experte der linksliberalen „Eleftherotypia“, entdeckte bei Papandreou „Anzeichen von Panik“. Er habe engen Verbündeten oft nicht mehr geglaubt und ständig seine Vertrauten gewechselt. Immer häufiger sah er eine „große Verschwörung gegen ihn“, so Pappas, ein



Finanzminister Venizelos, Oppositionsführer Samaras: „Suche nach dem größtmöglichen Konsens“

Komplott von übelmeinenden Abgeordneten, Bankern, Medien und sogar Militärs, die mit ihrem Einfluss in die Partei hinreichten.

Nun bereiten sich seine Sozialisten unabhängig vom Vertrauensvotum auf eine Zukunft ohne Papandreou vor. Finanzminister Venizelos versicherte vorigen Freitag Kollegen am Telefon, dass das Referendum in der Tat vom Tisch sei und dass es jetzt darum gehe, „zum Wohl des Landes den größtmöglichen Konsens sowie engste Zusammenarbeit zu suchen und zu finden“. Und, natürlich: „eine entsprechende neue Regierung“.

Gesundheitsminister Andreas Loverdos schrieb in seinem Blog: „Es ist unvorstellbar, dass die Regierung das Vertrauensvotum gewinnt, und dann so tut, als sei nichts gewesen.“ Den ganzen Tag lang überboten sich Sozialisten wie Konservative mit Plänen, wie eine überparteiliche Zustimmung zu den Beschlüssen von Brüssel zu erreichen sei.

Dass die Griechen sich durch die vorübergehende Einmütigkeit der beiden ungeliebten Großparteien leichter mit ihrem Schicksal abfinden werden, scheint allerdings ausgeschlossen, glaubt Nikos Dimou, Schriftsteller und Publizist. Er habe, wie er selbst sagt, das „erfolgreichste griechische Sachbuch seit der Antike“ verfasst. Es handelt vom „Unglück, ein Grieche zu sein“ und erschien erstmals vor 36 Jahren.

Die Griechen, sagt er, seien jetzt am Scheitelpunkt der politischen Krise, wieder einmal auf der Suche nach Schuldigen – vor allem außerhalb Griechenlands.

Als „Weltmeister im Aufspüren von Großverschwörungen, hinter denen mal die Amerikaner, mal die Juden, mal das globale Kapital stecken“, seien die Griechen schon länger bekannt, sagt Dimou.

Dass aber nun in der Euro-Krise vor allem die Deutschen ins Schussfeld gerieten, dass Merkel mit einem Hitler-Bärtchen abgebildet wurde und von einer „zweiten Besatzung“ Griechenlands die Rede sei, das gehe zu weit. Schließlich habe er erlebt, wie es wirklich war, als die Deutschen 1941 das Land besetzt hielten, sagt Dimou. „Ich sah, wie die Leute auf der Straße starben.“

Aber, natürlich, auch in Deutschland habe sich der Ton zum Schlechteren verändert, jedenfalls gemessen an den Zeiten des Philhellenen Johann Joachim Winkelmann, der im 18. Jahrhundert das Bild vom edlen Griechen geprägt habe. Damals habe niemand die Frage gestellt, ob Griechenland noch Europa-verträglich sei. Deutschlands Dichter hätten Griechenland vielmehr besungen: „Ohne die Freiheit, was wärest Du Hellas? Ohne Dich, Hellas, was wäre die Welt?“

MANFRED ERTEL, WALTER MAYR, ANNE SEITH,
DANIEL STEINVORTH

„Das alte System ist tot“

Die Parlamentsabgeordnete Dora Bakojannis, Vorsitzende der Demokratischen Allianz, über die Notwendigkeit einer Koalitionsregierung und die Vorzüge des griechischen Volks



NIKOS PILOS / DER SPIEGEL

Bakojannis, 57, war bis 2006 Oberbürgermeisterin von Athen und anschließend dreieinhalb Jahre Außenministerin der konservativen Nea Dimokratia. Vergangenes Jahr gründete sie die Partei Demokratische Allianz.

SPiegel: Wie sollte die Regierung aussehen, die Griechenland aus der Krise führt?

Bakojannis: Das Parteiensystem mit seiner Schwarzweißlogik, nach der die eine Partei immer recht hat und die andere unrecht, hat uns dahin gebracht, wo wir jetzt sind. Das alte System ist tot. Wir brauchen eine Koalitionsregierung, die an die europäische Perspektive glaubt.

SPiegel: Also auch Neuwahlen, so schnell wie möglich?

Bakojannis: Die Koalitionsregierung brauchen wir schon vor den Wahlen, damit wir unseren Partnern wieder in die Augen sehen und ihnen glaubhaft machen können, dass Griechenland aus seinen Fehlern gelernt hat. Dazu benötigen wir unabhängige Fachleute und Persönlichkeiten an der Spitze, die die Brüsseler Entscheidungen auch wirklich umsetzen.

SPiegel: Was soll anders werden, wenn statt Georgios Papandreou erneut die Nea Dimokratia an der Macht ist? Die hat doch bis 2009 das Land mit Bilanztricks und Statistikfälschungen in die Schuldenkrise gesteuert.

Bakojannis: Es wird keine absoluten Mehrheiten mehr geben, die Nea Dimokratia wird mit anderen zusammen regieren müssen. Das ist wichtig, weil die Partner dann gar nicht umhinkommen, sich auf ein verbindliches Programm festzulegen.

SPiegel: Am Ende regiert das gleiche Machtkartell, nur mit vertauschten Rollen.

Bakojannis: Wir werden ein völlig anderes Parlament bekommen, mehr Parteien, die in der Regierung mitreden wollen. 95 Prozent der Mitglieder unserer Demokratischen Allianz sind junge Leute, die noch nie in der Politik waren.

SPiegel: Oppositionschef Antonis Samaras hat keiner einzigen Sparmaßnahme zugestimmt und kritische Mitglieder wie Sie kurzerhand aus der Partei geworfen, nachdem Sie bei einer Abstimmung für die Pasok votierten. Warum sollte sich Samaras auf einmal ändern?

Bakojannis: Weil er muss. Man kann sich für eine Weile mit populistischen Argumenten über Wasser halten. Aber jetzt wird es ernst. Außerdem müssen wir erst mal sehen, ob er überhaupt die nächste Regierung anführen wird.

SPiegel: Nochmals: Was soll anders werden nach einem Machtwechsel?

Bakojannis: Wir müssen wieder kreditwürdig sein, politisch und finanziell, damit wir unseren Partnern auf Augenhöhe begegnen können. Ich würde zum Beispiel gern an einem Tisch mit unseren deutschen Kollegen sitzen und ihnen sagen, wir brauchen in Griechenland Wachstum. Wachstum heißt, die Möglichkeit zu haben, unser Geld, euer Geld schneller wieder zurückzuzahlen, daran haben wir doch beide ein Interesse.

SPiegel: Papandreou hat gesagt, Griechenland sei kein schlechtes und kein armes Land, sondern ein schlecht verwaltetes.

Bakojannis: Mich trifft es schwer, wenn die Griechen als faules Volk dargestellt werden, wir arbeiten mehr als andere Europäer. Haben Sie sich noch nie die Frage gestellt, warum die Griechen der ersten Gastarbeitergeneration sehr gute deutsche Bürger geworden sind? Warum sie unter den Minderheiten in den USA die Nummer eins bei Bildung und Reichtum sind? Oder warum die Griechen die größte Flotte Europas besitzen?

SPiegel: Weil die Schiffe ausgeflagt wurden und kein Reeder in Griechenland mehr Steuern zahlt.